

# RS Vwgh 1997/9/10 96/21/0779

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 10.09.1997

## Index

40/01 Verwaltungsverfahren

## Norm

AVG §13 Abs3;

AVG §63 Abs3;

AVG §63 Abs5;

AVG §66 Abs4;

VStG §24;

## Rechtssatz

Wird eine Berufung nicht bei der erstinstanzlichen Behörde, sondern bei der Behörde, die über die Berufung zu entscheiden hat, eingebracht, so ist zu einer den Anforderungen des § 63 Abs 3 AVG entsprechenden Bezeichnung des angefochtenen Bescheides die Benennung der Behörde (Erstbehörde), von der der angefochtene Bescheid stammt, zwingend erforderlich (Hinweis E 15.6.1994, 94/03/0039, VwSlg 14071 A/1994). Ein diesbezüglicher Mangel bildet kein verbesserungsfähiges Formgebrechen iSd § 13 Abs 3 AVG, vielmehr gehört die Bezeichnung des Bescheides, gegen den sich die Berufung richtet, als Teil der Berufungserklärung zum wesentlichen Inhalt der Berufung.

## Schlagworte

Verbesserungsauftrag Ausschluß Berufungsverfahren Verbesserungsauftrag Nichtentsprechung Zurückweisung  
Berufung

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:1997:1996210779.X01

## Im RIS seit

11.07.2001

**Quelle:** Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>